

Niederschrift

zur 25. Sitzung des Kreistages am Mittwoch, den 28.06.2023, um 17:30 Uhr
im Atrium des Landratsamtes, Haus B, Breitscheidstraße 7 in 15848 Beeskow

Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr

Sitzungsende: 19:51 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

I. Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.04.2023 - öffentlicher Teil
4. Einwohnerfragestunde
5. Geschäftsbericht des Landrates
6. Beantwortung von Anfragen aus dem Kreistag durch den Landrat
7. Beratung und Beschlussfassung: Mobilität für unsere Schülerinnen und Schüler über den ganzen Tag und im ganzen Landkreis
Antrag: 12/BVB/Freie Wähler/2023/1
8. Beratung und Beschlussfassung: Schulspeisung an den Schulen in Trägerschaft des Landkreises Oder-Spree
Antrag: 13/DIE LINKE/2023
9. Beratung und Beschlussfassung: Forderungen gegenüber der Landesregierung
Antrag: 14/CDU/2023
10. Beratung und Beschlussfassung: Verwendung von öffentlichen Geldern für Zuschüsse und Förderungen freiwilliger Aufgaben an Vereine und private Unternehmen
Antrag: 15/CDU/2023
11. Beratung und Beschlussfassung: Vorschlagsliste der Personen für die Wahl ehrenamtlicher Richter für das Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder)
Beschlussvorlage: 011/2023
12. Beratung und Beschlussfassung über den geprüften Jahresabschluss des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2020
Beschlussvorlage: 017/2023/1
13. Beratung und Beschlussfassung über die Entlastung des Landrates des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2020
Beschlussvorlage: 023/2023

14. Beratung und Beschlussfassung: Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe: Ertüchtigung des Hauses Hoffnung in Fürstenwalde
Beschlussvorlage: 030/2023
15. Beratung und Beschlussfassung: Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Übertragung der Schulträgerschaft des Grundschulteils des "Spree-Schulcampus" gegen Kosten-erstattung
Beschlussvorlage: 025/2023
16. Beratung und Beschlussfassung: Baubeschluss zur Errichtung einer zweizügigen Grundschule als Erweiterung des Schulzentrums Fürstenwalde
Beschlussvorlage: 027/2023
17. Beratung und Beschlussfassung: Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer Schul-sporthalle im Zusammenhang mit dem Neubau der Grundschule als Erweiterung im Schulzentrum Fürstenwalde
Beschlussvorlage: 029/2023
18. Beratung und Beschlussfassung: Baubeschluss zum 2. Erweiterungsbau der Gesamt-schule 3 in Eisenhüttenstadt
Beschlussvorlage: 026/2023/1
19. Beratung und Beschlussfassung über die Umsetzung von Handlungsempfehlungen aus dem Integrierten Handlungs- und Maßnahmenkonzept zur Gewährleistung und Optimierung der Gesundheitsversorgung im Landkreis Oder-Spree
Beschlussvorlage: 015/2023
20. Beratung und Beschlussfassung: Abschluss einer Umstufungsvereinbarung mit dem Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg zur Abstufung der L 42, Abschnitt 120, über einer Länge von 9,662 km.
Beschlussvorlage: 028/2023
21. Veränderungen in den Ausschüssen

II. Nichtöffentlicher Teil:

1. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.04.2023 - nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Kreistages, Herr Dr. Berger, begrüßt alle Anwesenden und dankt vor der Eröffnung der Sitzung Herrn Lindemann mit einem Blumenstrauß für seinen über 30jährigen Einsatz im Landkreis Oder-Spree, seinem letzten Kreistag als Landrat und wünscht ihm für die Zukunft alles erdenklich Gute, vor allem Gesundheit.

Herr Lindemann bedankt sich, möchte den Gang der Dinge nicht weiter verzögern und werde beim Sommerfest am 07. Juli 2023 angemessene Worte finden und die Zusammenarbeit mit dem Kreistag Revue passieren lassen.

Dr. Berger eröffnet nun die 25. Sitzung des Kreistages und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zugestimmt

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende informiert, dass der Antrag der BVB/Freie Wähler – TOP 7 - nach dem Kreis-ausschuss modifiziert wurde und in überarbeiteter Form vorliege.

Zum TOP 9 – Antrag der CDU – liege ein Änderungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen als Tischvorlage vor, ebenso als Tischvorlage die Beschlussvorlage 030/2023 – TOP 14.

Weitere Änderungswünsche werden nicht vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 0

Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.04.2023 - öffentlicher Teil

Der Vorsitzende stellt fest, dass keine Einwände zu der Niederschrift vom 19. April 2023 – öffentlicher Teil – vorliegen, so dass er um Bestätigung bittet.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 0

Zu TOP 4 Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende trägt vor, dass sich einige Eltern bezüglich des Schülerspezialverkehrs zum Gauß-Gymnasium nach Frankfurt (Oder) angemeldet haben.
Die Schilderung der Problematik liege in schriftlicher Form vor.
Dennoch möchte sich ein Elternteil hierzu äußern und erhält das Wort.

Frau H. stellt das Problem mit einer kurzen Beschreibung dar. Es gehe nicht nur um den § 2 Absatz 4 der Schülerbeförderungssatzung, sondern um die zukünftige Änderung des Shuttles, der die Schüler bisher direkt zum Gauß-Gymnasium gebracht habe.

Sie erklärt, dass bei Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs man bei 85 bis 95, manchmal sogar bis 120 Minuten für eine Richtung am frühen Morgen liegen würde, am Nachmittag können es bis zu 2 Stunden sein. Aus diesem Grund sei bisher der Shuttle eingesetzt worden, mit einer Fahrzeit von 50 bis 55 Minuten pro Fahrt.

Frau H. schildert, dass künftig ein Zubringer-Shuttle die Kinder zum Bahnhof nach Fürstenwalde bringen solle, es dort dann weiter mit dem Zug nach Frankfurt (Oder) gehe, anschließend mit der Straßenbahn oder Bus und das letzte Stück zu Fuß. Die Kinder wären somit 70 bis 80 Minuten unterwegs, länger als die Satzung die zumutbare tägliche Fahrzeit vorsehe.

Das pünktliche Erscheinen zum Schulbeginn sei sehr knapp, circa 3 bis 4 Minuten vor Unterrichtsbeginn. Freizeit bestehe kaum.

Frau H. möchte mit den anderen betroffenen Eltern auf dieses Problem aufmerksam machen, möchte, dass dieser Shuttle weiter bewilligt werde oder zumindest erhalten bleibe, bis man zusammen mit dem Schulamt an einem Tisch sitze, möglichst auch mit dem Ministerium. Man wünsche sich eine Lösung, die vielleicht allen gerecht werde.

Herr Dr. Berger gibt nach kurzer Abstimmung mit dem Landrat, Herrn Lindemann, bekannt, diese Problematik im Petitionsausschuss weiter im Detail zu diskutieren. Es werde zeitnah in verkürzter Ladungsfrist der Petitionsausschuss tagen, um mit Unterstützung von Frau Zarling und dem Landrat schnellstmöglich eine Lösung zu finden, für alle Schüler des Landkreises Oder-Spree.

Herr Lindemann ergänzt, dass im Hinblick auf das Vortragen der Petition das Verwaltungsverfahren einstweilen angehalten werde, um Gelegenheit zu geben, dass sich auch der politische Raum mit diesen Fragen noch einmal beschäftigen könne. Man müsse eine für alle verträgliche Entscheidung treffen und könne nur auf der Grundlage der geltenden Satzung entscheiden.

Für einen weiteren Vortrag in der Einwohnerfragestunde wird Herrn Unger, Vorstandsvorsitzender der Gesellschaft für Arbeit und Soziales, das Wort erteilt.

Er bedankt sich zum einen bei der CDU-Fraktion für die Anfrage an den Landrat zum Thema Integrationsbudget, zum anderen äußert er Unverständnis zu der Beantwortung dieser Anfrage.

Herr Unger führt an, dass er Ende 2022 einen Antrag für ein Förderprojekt mit dem Namen: „Erkner Integration und Nachhaltigkeit im Ehrenamt“ für 2023 gestellt habe. Zum 01.03.2023 sei ihnen eine Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn zugegangen, bis heute aber noch kein Bescheid über die Bewilligung oder Ablehnung des Projektes.

Der Antwort vom Landrat zu der Anfrage der CDU-Fraktion zum Landesförderprogramm „Integrationsbudget“ entnehme er, dass für die Jahre 2022 bis 2024 bis zu 442.300,00 € finanzielle Mittel vorgesehen seien, hingegen für das aktuelle Jahr 2023 bereits 356.372,21 € verplant wurden. Im Jahr 2022 habe der Landkreis Oder-Spree eine Zuwendung in Höhe von 150.908,66 € erhalten. Im Fazit heiße das, dass 2023 bereits mehr verausgabt worden sei, als in der Gesamtsumme für die Jahre 2022 bis 2024 zur Verfügung stehe.

In seinem konkreten Falle informiert er, sei mit einer beantragten Förderung von 25.000,00 € eine Personalstelle von 30 Stunden geplant. Er gehe davon aus, keinen Bewilligungsbescheid zu erhalten, weil die zur Verfügung stehende Summe schon überzogen sei.

Als zweiten Punkt nimmt Herr Unger Bezug zu einer kürzlich erhaltenen Information, dass ukrainische Personen, die nicht in Landkreis-Wohnungen leben, keine Betreuung mehr erhalten. Er gebe dem Kreistag zu Bedenken, dass sich die politische Situation in den Regionen verschärfe und er im Namen seiner Belegschaft interessiert sei, dass hier eine Möglichkeit für eine Betreuung und Unterstützung geschaffen werde.

Frau Zarling wird zur Stellungnahme das Wort erteilt.

Sie erklärt, dass es sich bei den aus dem Integrationsbudget zur Verfügung stehenden Mitteln für die Jahre 2022 bis 2024 um jährliche Summen handele.

Sie hebt hervor, dass in dem Antwortschreiben unter Punkt 3 das Brandenburg-Paket aufgeführt sei. Hier werde die Möglichkeit der Refinanzierung vier zusätzlicher Migrationssozialarbeitern geschaffen. Sie werde nach dem Fortschritt des Antrages schauen und halte die Sorge für unbegründet.

Der Vorsitzende stellt keine weiteren Anfragen an die Verwaltung bzw. an den Kreistag fest und schließt somit diesen Tagesordnungspunkt.

Zu TOP 5 Geschäftsbericht des Landrates

Der Landrat, Herr Lindemann, verliest den Geschäftsbericht. (Anlage 2)

Im Anschluss gibt Herr Gehm anhand einer Präsentation Auskunft zur Flüchtlingsunterbringung und Integration. (Anlage 3)
(Der Geschäftsbericht und die Präsentation sind unter TOP 5 hinterlegt und im Rats- und Bürgerinformationssystem nachlesbar.)

Weitere Ergänzungen zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es nicht.
Der Vorsitzende schließt diesen Punkt.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 6 Beantwortung von Anfragen aus dem Kreistag durch den Landrat

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass einige Anfragen schon schriftlich beantwortet worden seien und einige mit Antwort noch ausstehen, siehe Anlage 4.
(Die Fragen und Antworten können auch im Rats- und Bürgerinformationssystem unter TOP 6 nachgelesen werden.)

Er übergibt das Wort an Herrn Lindemann, der kurz auf die Betriebsstilllegung Linpac eingeht.

Herr Papendieck ergänzt zu dieser Thematik, dass man mit der Geschäftsführung ins Gespräch gegangen sei und berichtet, dass die Erläuterungen im Bereich der gesetzlichen Änderungen nicht ganz nachvollziehbar seien. Es sei um Recyclingverpackungen im Lebensmittelbereich, von Fleischwaren und ähnlichen Produkten gegangen. Man sei in Abklärung, wie man der Firma an der Stelle entgegenkommen oder welche Regelungen man treffen könne. Ergebnisse seien noch nicht präsentierbar.

Eine weitere Anfrage von der Fraktion DIE LINKE zur Vorbereitung des Haushaltes 2024 wird von Herrn Buhrke beantwortet.

Herr Lindemann merkt an, dass die Beantwortung der Anfragen im Kreistag nicht in vollem Umfang erfolgen könne.

Er bestätigt jedoch noch den Eingang eines Schreibens von einem Bürger an die Fraktionen und Mitglieder des Ausschusses für Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung, greift dies als Petition auf und empfiehlt die Weiterleitung an den Petitionsausschuss.
Die Antwort hierzu würde über diesen Ausschuss erfolgen.

Zu der Anfrage der Fraktion BVB/Freie Wähler ergreift Herr Peter Winter das Wort.
Die Anfrage ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Für die Beantwortung wird Herrn Buhrke das Wort erteilt.
Er betont, dass die Geschäftsordnung kein Gesetz darstelle, lediglich eine Binnenregelung, die sich der Kreistag selbst gegeben habe. Nach der letzten Debatte nach dem Kreistag am 19.04.2023 sei im Ergebnis festgelegt worden, es anzugehen und man mit der Ausschreibung beginne.
Er bemerkt weiterhin, dass die Diskussion, die nicht zur Anwendung der Geschäftsordnung geführt habe, darin begründet liege, dass keine Einigung zu den Persönlichkeitsrechten erzielt worden sei. Letztendlich habe sich die Verwaltung aber dahingehend vorbereitet, was die Kosten angehe.

Ergänzungen gibt es nicht, der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

Zu TOP 7 Beratung und Beschlussfassung: Mobilität für unsere Schülerinnen und Schüler über den ganzen Tag und im ganzen Landkreis
Vorlage: 12/BVB/Freie Wähler/2023/1

Herrn Dr. Zeschmann, von der einbringenden Fraktion BVB/Freie Wähler, wird das Wort erteilt. Er beginnt, dass der Antrag auf eine Zusammenkunft mit vielen Jugendbeiräten aus dem Landkreis Oder-Spree zurückgehe. Es sei dargestellt worden, dass die Mobilität der Schüler sehr begrenzt sei. Verschiedene Relationen werden von ihm aufgezeigt. Der Antrag sei dahingehend modifiziert worden, dass die Verwaltung die Varianten zur Umsetzung prüfen und dem Kreistag die kostengünstigste Variante vorschlagen solle.

Herr Dr. Stiller reicht seinen Wortbeitrag in schriftlicher Form ein. Dieser ist als Anlage 5 des Protokolls beigefügt.

Frau Scheufele bringt den Hinweis, man möge hier nicht nur nach anderen Landkreisen schauen, wie dort die Umsetzung gestaltet werde. Im Rahmen des Prüfverfahrens könne eventuell auch zusammen mit dem Land nach einer gemeinsamen Lösung geschaut werden.

Weitere Wortbeiträge werden nicht vorgebracht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung über den Antrag.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt:

Die Kreisverwaltung wird aufgefordert die Schülerbeförderungssatzung dahingehend anzupassen, dass die Schülerinnen und Schüler mit ihrem Schülerticket auch noch nachmittags nach dem Ganztagsangebot mit diesem Ticket ebenso wie zu nachmittäglichen Freizeitaktivitäten und auch in den Schulferien innerhalb des Landkreises Oder-Spree fahren können.

Dabei soll die Kreisverwaltung Varianten zur Umsetzung (bspw. Deutschlandticket, eines diskutierten 29-Euro-Tickets, AZUBI-Ticket, etc.) prüfen, dem Kreistag die kostengünstige Variante vorschlagen und die daraus resultierenden Einsparungen bzw. Zusatzkosten gegenüber den Kosten des aktuellen Schülertickets darstellen.

einstimmig zugestimmt
Nein 0 Enthaltung 1

Zu TOP 8 Beratung und Beschlussfassung: Schulspeisung an den Schulen in Trägerschaft des Landkreises Oder-Spree
Vorlage: 13/DIE LINKE/2023

Frau Heinrich ergreift das Wort im Namen ihrer Fraktion und begründet anhand der Vorlage noch einmal kurz, weshalb der Antrag, trotz kritischer Bewertung im Fachausschuss, in den Kreistag eingebracht werden solle. Sie fügt hinzu, dass sie für weitere Fragen und Erläuterungen bereitstehe und bittet, dem Antrag zuzustimmen.

Frau Siebke hält fest, man habe über diesen Antrag schon sehr ausführlich im Fachausschuss diskutiert. Der Vorschlag, um dass die Mehrheit der Schüler an der Schulspeisung teilnimmt, habe nicht überzeugt.

Man schlage vor, eine Ursachenprüfung vorzunehmen, warum die Schüler nicht an der Schulspeisung in der gewünschten Menge teilnehmen. In der Tat solle eine Umfrage an den Schulen stattfinden. Von daher stimme sie dem Antrag nicht zu und beantragt, ihn in den Bildungsausschuss zurückzuweisen, damit diese Überprüfung auch wirklich durch die Verwaltung durchgesetzt werden könne.

Frau Scheufele schließt sich ihrer Vorrednerin an und bittet um Überweisung in den Fachausschuss. Sie informiert über eine im Land Brandenburg verfügbare Plattform – Unser Schulesen.de. Dortige Angebote für Schulen, sich mit Möglichkeiten der gesunden Ernährung auseinanderzusetzen, könne man für diese Problemlösung auch nutzen.

Frau Heinrich ergreift noch einmal das Wort, geht auf die Einwendungen ein und wirbt nochmals, diesen Antrag zuzustimmen.

Sie schlägt vor, dass die vorgenannte Befragung parallel durchgeführt werden könne, so dass zur nächsten Haushaltsplanung Ergebnisse vorliegen. Hinsichtlich der Qualität solle das kein Kriterium sein, den Eltern die Unterstützung für das Mittagessen zu versagen.

Für den Verweis in den Bildungsausschuss bittet der Vorsitzende um Abstimmung.

zurückverwiesen

Nein 6 Enthaltung 6

Er schließt den Tagesordnungspunkt und gibt als Auftrag mit, parallel die Untersuchung so schnell wie möglich anzustoßen.

Zu TOP 9 Beratung und Beschlussfassung: Forderungen gegenüber der Landesregierung Vorlage: 14/CDU/2023

Der Vorsitzende übergibt der CDU Fraktion das Wort.

Herr Luhn erklärt, dass der Antrag als Unterstützung zur Landesregierung gegenüber der Bundesregierung diene. Er verliest den Antrag und bittet um Zustimmung, gegebenenfalls auch eine Abstimmung der einzelnen Punkte.

Der Vorsitzende informiert, der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beziehe sich nur auf Punkt 5 des Antrages der CDU.

Herr Heisel spricht im Namen seiner Fraktion und gibt den Hinweis, dass man dies bei der Landes- und Bundespolitik nur als Appell einbringen könne.

Seine Fraktion verfolge auch das Ziel, mehr Transparenz herzustellen und unterstütze bzw. ergänze somit den Punkt 5 des Antrages der CDU.

Herr Dr. Pech spricht sich im Namen seiner Fraktion vehement gegen den Antrag aus.

Herr Papendieck meldet sich zu Wort und möchte eine genauere Erläuterung des ersten Punktes. Er befürworte den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die nur den Punkt 5 unterstützen, weil alle anderen Punkte Landes- bzw. Bundesangelegenheiten betreffen. Weiterhin merkt er an, dass man gegenüber dem Leiter der ZABH nicht weisungsberechtigt sei.

Herr Luhn ergänzt zum Punkt 1 seines Antrages, dass es ihm nicht um Abschiebung an der Grenze gehe, sondern um Übersicht, wer nach Deutschland reinkomme.

Der Vorsitzende verliest den von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angepassten Punkt 5:

- Der Leiter der ZABH wird gebeten, erstmals im Herbst 2023 und dann jährlich über die Situation in der ZABH zu berichten.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung:

Der Vorsitzende hält fest, dass der Landrat gebeten werde, die Einladung auszusprechen.

Beschlussvorschlag:

Forderungen gegenüber der Landesregierung

Der Kreistag lehnt folgenden Antrag ab:

1. Schnellstmögliche Einführung von Grenzkontrollen

mehrheitlich abgelehnt:

Ja: 14 Nein: 16 Enthaltung: 3

Der Kreistag beschließt und fordert von der Landesregierung:

2. Schnellere Bearbeitung des Asylverfahrens und konsequente Abschiebung von nicht Bleibeberechtigten.

mehrheitlich zugestimmt:

Ja: 17 Nein: 15 Enthaltung: 3

Der Kreistag beschließt und fordert von der Landesregierung:

3. Angebote in der ZABH haben in Abstimmung und Zusammenarbeit mit der Stadt Eisenhüttenstadt zu erfolgen, ganz besonders in den Bereichen KITA, Schule, Sozialarbeit und ärztliche Versorgung

einstimmig zugestimmt:

Nein: 0 Enthaltung: 11

Der Kreistag beschließt und fordert von der Landesregierung:

4. Integration durch Arbeitsangebote und Berufsausbildung sollte intensiv mit der Arbeitsagentur und dem Jobcenter koordiniert und vorangetrieben werden.

mehrheitlich zugestimmt:

Ja: 21 Nein: 8 Enthaltung: 10

Der Kreistag beschließt und fordert von der Landesregierung:

5. Der Leiter der ZABH wird gebeten, erstmals im Herbst 2023 und dann jährlich über die Situation in der ZABH zu berichten

einstimmig zugestimmt:

Nein: 0 Enthaltung: 3

Der Vorsitzende hält fest, dass der Landrat gebeten werde, die Einladung auszusprechen.

Zu TOP 10 Beratung und Beschlussfassung: Verwendung von öffentlichen Geldern für Zuschüsse und Förderungen freiwilliger Aufgaben an Vereine und private Unternehmen
Vorlage: 15/CDU/2023

Herr Schroeder ergreift im Namen seiner Fraktion das Wort, dem Einreicher dieses Antrages. Er schildert, man möge auf einen sparsamen Gebrauch von Fördermitteln achten und prüfen, wohin diese gehen und welchem Zweck sie dienen. Bei Zuwendungen solle man auch schauen, ob sie sachdienlich und angemessen ausgegeben worden seien. Der Verwaltung sei es freigestellt, wie sie die Prüfung umsetze.

Herr Dr. Pech gestattet sich die Anmerkung, dass er aus der Intension des Antrages heraus es so verstehe, dass Förderung durch den Landkreis immer nur eine Fehlbedarfsfinanzierung sei. Er widerspricht dieses und stellt fest, dass Förderungen für bestimmte Zwecke erfolgen. Wenn man auf alle Förderungen mit diesem Antrag abstelle, gehe es ein Stück weit an der Realität vorbei, weil nicht jede Förderung eine Fehlbedarfsförderung sei.

Herr Papendieck möchte wissen, über welche Förderungen, ob Sozialbereich, Sportförderung etc., man hier genau spreche. Er schlägt vor, den Antrag auf dieser Grundlage in den Ausschüssen zu besprechen, um Klarheit zu bekommen. Er bittet die Verwaltung um eine Auflistung der einzelnen Maßnahmen.

Frau Siebke erläutert, dass es im Bereich der Kulturförderung schon so gehandhabt werde und ein Nachweis erbracht werden müsse.

Herr Dr. Zeschmann versteht den Antrag so, dass es hier um ein generelles Misstrauen gegen alle Förderungen gehe. Er ist der Ansicht, dass das Rechnungsprüfungsamt ohnehin die zweckentsprechende Sicherstellung der Fördermittel überprüfe.

Herr Schroeder stellt fest, dass es schon Fehlbedarfsfinanzierungen gebe. Er bemerkt, dass pauschale Förderungen im Haushalt schon veranlasst worden seien, wo am Ende nicht geschaut wurde, ob sie zweckentsprechend verwendet wurden. Aus datenschutzrechtlichen Gründen könne er diese aber nicht benennen.

Ferner merkt er an, dass er einer Überweisung in den Fachausschuss nicht widerspreche, Frau Zarling Zahlen vorbereite, um eine konstruktive Diskussion führen zu können.

Herr Hamacher fragt nach, wenn es sich um eine freiwillige Leistung handele, dies an ein privates Unternehmen gegeben werde, könne das nie eine Fehlbedarfsfinanzierung sein, weil das Unternehmen Geld verdienen möchte.

Die Replik von Herrn Schroeder stellt klar, dass es sich hier nicht um Leistungsvergaben per Auftrag im Sinne von freiwilligen Ausgaben handele, sondern um Förderungen.

Weitere Wortmeldungen werden nicht festgestellt.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Antrag lautete: Verweis in die Ausschüsse, konkret in den Bildungsausschuss und bittet dazu um Abstimmung.

zurückverwiesen
Nein 1 Enthaltung 2

Zu TOP 11 Beratung und Beschlussfassung: Vorschlagsliste der Personen für die Wahl ehrenamtlicher Richter für das Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder)
Vorlage: 011/2023

Der Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag und weist darauf hin, dass ein genaues Auszählen erforderlich sei. Man brauche mindestens zwei Drittel der anwesenden Mitglieder, mindestens jedoch die Hälfte der gesetzlichen Mitglieder.

Um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder).

- | | |
|-------------------------|------------------------|
| 1. Uwe Geier | 12. Bernd Saliter |
| 2. Ricardo Friedemann | 13. Andrea Budras |
| 3. Kerstin Herzog | 14. Michael Brack |
| 4. Uwe Hanschmann | 15. André Luckow |
| 5. Hartmut Kieseewetter | 16. Katrin Neubert |
| 6. Tobias Hermann | 17. Katja Neumann |
| 7. Andy Pankow | 18. Norbert Haeger |
| 8. Heidemarie Pöhl | 19. Christian Köhler |
| 9. Volkert Krüger | 20. Jürgen Paul Kittel |
| 10. Bettina Lehmann | 21. Eva Mohn |
| 11. Michael Hermann | |

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 40 Nein 1 Enthaltung 1

Zu TOP 12 Beratung und Beschlussfassung über den geprüften Jahresabschluss des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2020
Vorlage: 017/2023/1

Redebedarf wird nicht festgestellt, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag beschließt den geprüften Jahresabschluss des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2020.

2. Der Kreistag bewilligt folgende überplanmäßige Aufwendungen

- für die Bildung von Pensionsrückstellungen im Produkt „Personalmanagement“ in Höhe von 1.867.159,00 €
- für die Bildung von Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub und geleistete Mehrstunden im Produkt „Personalmanagement“ in Höhe von 1.001.016,25 €
- für die Bildung von Rückstellungen für Schulkostenbeiträge im Produkt „Schulkostenbeiträge Gesamtschulen“ in Höhe von 824.748,64 €
- für die Bildung von Rückstellungen für Schulkostenbeiträge im Produkt „Schulkostenbeiträge Oberstufenzentren“ in Höhe von 366.000,00 €

Der Kreistag bewilligt folgende außerplanmäßige Auszahlungen

- für die Auszahlungen für zwei Festzinsanleihen im Produkt „Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft“ in Höhe von jeweils 6.000.000,00 €

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 1 Enthaltung 2

Zu TOP 13 Beratung und Beschlussfassung über die Entlastung des Landrates des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2020 Vorlage: 023/2023

Herr Lindemann gibt zu Protokoll, dass er aus Befangenheitsgründen nicht an der Abstimmung teilnehme.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, den Landrat des Landkreises Oder-Spree Rolf Lindemann für das Haushaltsjahr 2020 zu entlasten.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 1 Enthaltung 2

Zu TOP 14 Beratung und Beschlussfassung: Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe: Ertüchtigung des Hauses Hoffnung in Fürstenwalde Vorlage: 030/2023

Erörterungs- oder Redebedarf wird nicht festgestellt, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 1,3 Mio. € im Jahr 2023 sowie der Einstellung von 0,65 Mio. € in den Haushaltsplan 2024 zur Ertüchtigung der Immobilie in der Langewahler Straße 57 in Fürstenwalde als Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete wird zugestimmt. Auf eine Nachhaltigkeitszertifizierung gemäß „Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen“ (Beschluss-Nr. 050/007.1/2020) wird im Zuge der Wiederaufnahme der Nutzung und Sanierung des Bestandes verzichtet, um Gebrauch von der gültigen Baugenehmigung zu machen und den Projektzeitraum angesichts der Dringlichkeit in der Bereitstellung von Flüchtlingsunterkünften deutlich einzukürzen.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 5 Enthaltung 2

Zu TOP 15 Beratung und Beschlussfassung: Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Übertragung der Schulträgerschaft des Grundschulteils des "Spree-Schulcampus" gegen Kostenerstattung Vorlage: 025/2023

Frau Zarling wird das Wort erteilt. Sie erklärt, dass die aktuelle Version der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Übertragung der Schulträgerschaft des Grundschulteils des „Spree-Schulcampus“ gegen Kostenerstattung vorliege und diese mit der Stadt Fürstenwalde abgestimmt sei. Es seien redaktionelle Klarstellungen und Änderungen vorgenommen worden. Sie gibt bekannt, dass die Vereinbarung in der Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde mehrheitlich zugestimmt worden sei und der Bürgermeister beauftragt wurde, diese Vereinbarung zu unterschreiben. Zwei Exemplare seien heute der Kreisverwaltung zugegangen. Somit seien die Voraussetzungen zum Beschluss zur Errichtung der Grundschule und der Grundsatzbeschluss für die Turnhalle erfüllt.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Landrat wird beauftragt mit der Stadt Fürstenwalde eine Öffentlich-Rechtliche Vereinbarung zur Übertragung der Schulträgerschaft des Grundschulteils des „Spree-Schulcampus“ gegen Kostenerstattung abzuschließen.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 6

Zu TOP 16 Beratung und Beschlussfassung: Baubeschluss zur Errichtung einer zweizügigen Grundschule als Erweiterung des Schulzentrums Fürstenwalde Vorlage: 027/2023

Erläuterungen werden nicht gewünscht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, die Verwaltung mit der Weiterführung der Planung und dem Bau des Neubaus einer Grundschule inkl. Hortbereich, Außenanlagen einschließlich Außensportanlagen und Verkehrserschließung (inkl. Energiezentrale) des Spree-Campus zu beauftragen.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 6

**Zu TOP 17 Beratung und Beschlussfassung: Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer Schulsporthalle im Zusammenhang mit dem Neubau der Grundschule als Erweiterung im Schulzentrum Fürstenwalde
Vorlage: 029/2023**

Auch hier werden keine Erläuterungen gewünscht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, die Verwaltung mit der Weiterführung der Planung des Neubaus einer Zwei-Feld-Schulsporthalle am Grundschuleteil des Schulcampus zu beauftragen.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 6

**Zu TOP 18 Beratung und Beschlussfassung: Baubeschluss zum 2. Erweiterungsbau der Gesamtschule 3 in Eisenhüttenstadt
Vorlage: 026/2023/1**

Ferner wird auch hier kein Erläuterungsbedarf festgestellt, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der Fortführung der Vorbereitung und Durchführung des 2. Erweiterungsbau der Gesamtschule 3 in der Maxim-Gorki-Straße 15 in 15890 Eisenhüttenstadt

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 0

**Zu TOP 19 Beratung und Beschlussfassung über die Umsetzung von Handlungsempfehlungen aus dem Integrierten Handlungs- und Maßnahmenkonzept zur Gewährleistung und Optimierung der Gesundheitsversorgung im Landkreis Oder-Spree
Vorlage: 015/2023**

Erläuterungs- und Redebedarf gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag bestätigt die in den Anlagen 1 und 2 dargestellte Prozessstrategie/Vorgehensweise zur Umsetzung des Integrierten Handlungs- und Maßnahmenkonzeptes zur Gewährleistung und Optimierung der Gesundheitsversorgung im Landkreis Oder-Spree und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der Fortsetzung des Umsetzungsprozesses entsprechend der vorgestellten Prozess-Strategie.

Die Verwaltung informiert den Kreistag über den Stand der Umsetzung in Form eines jährlichen Sachberichtes bzw. bei Eintreten wesentlicher Meilensteine durch zwischenzeitliche Rundschreiben an alle im Kreistag Oder-Spree vorhandenen Fraktionen.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 1

**Zu TOP 20 Beratung und Beschlussfassung: Abschluss einer Umstufungsvereinbarung mit dem Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg zur Abstufung der L 42, Abschnitt 120, über einer Länge von 9,662 km.
Vorlage: 028/2023**

Fragen und Anmerkungen zum Sachverhalt gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag lehnt ab:

Abschluss der vom Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg angebotenen Umstufungsvereinbarung zwischen dem Landkreis Oder-Spree und dem Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg zur Abstufung der L 42, Abschnitt 120, über eine Länge von 9,662 km zu.

Mehrheitlich abgelehnt

Ja 3 Enthaltung 1

Zu TOP 21 Veränderungen in den Ausschüssen

Der Vorsitzende verliest den Antrag der Fraktion AfD.

Frau Bienia-Habrigh wird auf Antrag der Fraktion AfD als stimmberechtigtes Mitglied im Fachausschuss für Bauen, Ordnung und Umwelt berufen.

Um Abstimmung wird gebeten.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 1 Enthaltung 10

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Dr. Franz H. Berger
Vorsitzender des Kreistages

Birgit Richter
Protokollantin